

Jugend und Politik

DIE LINKE fragte: Wie wollen Sie als Landrätin/Landrat die Jugend stärker in die Politik einbinden / das Interesse der Jugendlichen an der Politik (vor allem in den Schulen) stärken?

Ab welchem Alter sollten Jugendliche Ihrer Meinung nach bei Kommunal- und Landratswahlen wahlberechtigt sein?

Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten in der Reihenfolge des Einganges

Matthias Keidel (FDP): Ich will ergebnisoffen mit den Jugendlichen ins Gespräch darüber kommen, ob es institutioneller Änderungen bedarf. Es gibt mittlerweile mannigfaltige Formen jugendpolitische Beteiligung. Am Ende muss die Jugend artikulieren, was sie möchte und nicht die Kreisverwaltung. Sie sollte diesen Prozess aber moderieren. Ich setze mich auf allen politischen Ebenen für das Wahlalter 16 ein.

Jeanette Geßner (Die Partei): Die Jugend ist aus meiner professionellen Sicht heraus nicht politikverdrossen, sondern bullshitverdrossen. Daher rede ich nur Bullshit und gebe es offen zu. Damit kann ich Jugendliche begeistern. Bezüglich des Wahlalters wäre zu sagen, dass es darauf ankommt, wen sie wählen möchten: Möchten Sie mich wählen, spricht nichts gegen ein Wahlalter ab 12 Jahren. Möchten sie die FCKafD wählen, dürfen sie erst an die Wahlurne, wenn sie wieder zur Vernunft gekommen sind.

Stefan Worst (Einzelbewerber): Ich werde das Thema Jugendparlamente fördern und die Jugendlichen in Entscheidungsprozesse einbeziehen. Mein Ziel ist es mit den Menschen ständig zu kommunizieren, dabei ihre Bedarfe zu ermitteln und anhand dieser Bedarfe politische Entscheidungen herbeizuführen. Im Bereich Berufs- und Freizeitmöglichkeiten werde ich mit den Unternehmen, der Stadt und den VGS Lösungen suchen.

Mirosław Kowalski (CDU): Ich halte die aktuelle Altergrenze für bewährt und gut. Das Interesse an Politik zu wecken ist wichtig und wird nur über Vorbilder funktionieren. Die Kreisverwaltung ist nicht dazu befugt, in den Unterricht einzugreifen. Da sind die Lehrer gefragt.

Caroline Pehke (SPD): Gerade ich als Parteilose zeige den Jugendlichen auf, dass man auch in der Politik aktiv werden kann, ohne sich direkt einer Partei anzuschließen, was für viele evtl. eine Hürde darstellt. So bekommt man die Möglichkeit in das Politikleben hineinzuschnuppern und die verschiedenen Ansichten der Parteien kennenzulernen. Hier wäre ein Ansatz, auch die Schulen wieder aktiver zu besuchen und über Kommunalpolitik und die Möglichkeiten der Mitgestaltung zu sprechen. Kommunalwahlen in Bundesländern in denen schon ab 16 Jahren gewählt werden dürfen, haben eine hohe Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe gezeigt. Daher sollte man das Thema auf jeden Fall diskutieren.

Rouven Hebel (Freie Wähler): Die Jugendlichen dort abholen, wo sie stehen. Die sozialen Medien nutzen, um politische Arbeit transparent zu machen und dort deutlich machen, welche Beteiligungsmöglichkeiten man hat. Man muss die Jugendlichen mit

einbinden und vor allen Dingen, die Meinungen ernst nehmen. Am Wahlalter würde ich nichts ändern. Ich habe in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen besuchen dürfen in dessen Rahmen mir die Jugendlichen berichtet haben, dass sie sich gar nicht im Stande fühlen eine entsprechende Entscheidung zu treffen.